

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 184 (2018)

Heft: 9

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Russland

Armata-Panzer zu teuer

Juri Borissow, Vize-Premierminister Russlands, hielt sich kurz. Ende Juli beschrieb er den neusten russischen Kampfpanzer T-14 Armata als «ziemlich teuer». Zudem bestünde, so Borissow, derzeit keinerlei Notwendigkeit, die russischen Streitkräfte mit dem T-14 «zu fluten». Der ältere T-72 sei nämlich nach wie vor seinen westlichen Gegnern überlegen, insbesondere nach den Kampfwertsteigerungen der letzten Jahre. Damit scheint die Rhetorik Putins, welcher vor kurzem noch den T-14 als den ultimativen Panzer lobte und mit dessen Hersteller, den Uralwagonsawod-Werken, eine Bestellung von 2300 Stück bis ins Jahr 2020 vereinbarte, nichts ausser heisse Luft zu sein. Borissow, der in seinem Amt insbesondere für den Militärisch-Industriellen Komplex Russlands zuständig ist, bestätigte nun auch, dass er bereits letz-

tes Jahr nur gerade 100 Stück der Armatas bestellte. Dies dürfte direkt mit den hohen Kürzungen des russischen Militärhaushalts zusammenhängen. Russland gab in den letzten Jahren überdurchschnittlich viel für sein Militär aus, wird seit dem Ukraine Konflikt von einschneidenden Wirtschaftssanktionen getroffen und leidet unter den Folgen einer der längsten Rezessionen der letzten Jahrzehnte. Elegant entgegnet Borissow und meint dazu, dass er letztes Jahr immerhin auch noch den Schützenpanzer T-15 dazu bestellte. Beide Ausführungen der Armata-Plattform seien für Russland stets eine «Trumpfkarte». Diese, so schliesst der Minister «lohnt sich dann auszuspielen, wenn man dies will oder sie braucht.» Es sei nämlich jederzeit möglich, «die Serienproduktion bei Bedarf zu steigern und damit unseren (westlichen) Kollegen sozusagen voraus zu sein».



T-15 und T-14.

Bild: Russisches Verteidigungsministerium

Deutschland/China

Firmenübernahmen und Sicherheitspolitik

Die deutsche Politik fühlt sich zunehmend unwohl bei Übernahmen von deutschen Unternehmen durch chinesische Investoren. China reagiert darauf: Das Interesse an Deutschland sank in den letzten Monaten massiv.

Beispiel: Die deutsche Staatsbank KfW stach im Auftrag der Bundesregierung den chinesischen Staatskonzern State Grid Corporation of China (SGCC) bei Übernahme-Verhandlungen um den deutschen Übertragungsnetzbetreiber 50 Hertz aus. Die KfW erwarb den zum Verkauf stehenden Anteil von 20 Prozent an 50 Hertz.

Die Bundesregierung habe aus «sicherheitspolitischen Erwägungen ein hohes Interesse am Schutz kritischer Energieinfrastrukturen», so das deutsche Wirtschaftsministerium. Bevölkerung und Wirtschaft erwarteten eine zuverlässige Energieversorgung. 50 Hertz betreibt rund 10000 Kilometer Stromnetz im Norden und Osten Deutschlands, über das mehr als 18 Millionen Menschen versorgt werden. Die Übertragungsleitungen sind von hoher Bedeutung für den Transport von Windkraft-Strom.

Der Schachzug der KfW, hinter der die Bundesregierung steht, wird von Analys-

ten als klares politisches Signal gedeutet. Die deutsche Regierung ist verstärkt damit beschäftigt, den zunehmenden Einfluss von chinesischen Investoren in deutschen Schlüsselbranchen zurückzudrängen. China-Investoren sind auf Einkaufstour in Deutschland und Europa, vor allem bei Zukunftstechnologien und in strategisch wichtigen Bereichen.

Gegenreaktion: Chinesische Investoren haben die politischen Signale erkannt und ihre Shoppingtours deutlich zurückgefahren, wie aus einer Studie der Prüfungs- und Beratungsgesellschaft Ernst & Young (EY) hervorgeht.

Demnach nahmen die Deals im ersten Halbjahr in Europa gegenüber dem Vorjahreszeitraum um zwölf Prozent auf 111 Transaktionen ab. Das Volumen nahm um mehr als die Hälfte ab auf 14,9 Milliarden Dollar. In Deutschland ging die Zahl der Firmenkäufe aus dem Ausland um vier auf 22 zurück.

«Der Gegenwind hat eindeutig zugenommen. Es gibt teilweise politische Bedenken und die Angst vor einem Ausverkauf von Know-how», sagt Yi Sun, Chinaexpertin bei EY. Zum Teil hätten andere Interessenten die chinesischen Investoren überboten. Vor allem aber fühlen sich chinesische Investoren zunehmend wenig willkommen in Europa und insbesondere in Deutschland.

Grossbritannien

Neuer Kampffjet mit Schweden?

Anlässlich der Farnborough Airshow stellte die Royal Airforce ein Modell ihres Kampffjets der nächsten Generation vor. Der so genannte «Tempest» soll als britische Eigenproduktion dereinst den Eurofighter ablösen. Damit schlägt

das Königreich den gleichen Weg ein wie bereits Frankreich und Deutschland, welche im Juni dieses Jahres eine Absichtserklärung unterzeichneten, um gemeinsam ab 2040 ein neues Flugzeug der sechsten Generation in die Luft zu bringen. Der britische Verteidigungsminister Gavin Williamson meinte, dass zwei Mil-

liarden Pfund für die Finanzierung des Programms bis 2025 vorgesehen sind und er ab sofort auf der Suche nach finanzstarken internationalen Partnern wäre. Air Vice-Marschall Simon Rochelle von der britischen Royal Air Force erläuterte, dass Grossbritannien diesbezüglich Gespräche mit Schweden und Japan führe.

Nur, mahnt Airbus Defense and Space CEO Dirk Hoke, das ganze Projekt sei eine grosse Gefahr für den europäischen (Rüstungs-) Markt. Eine weitere nationale Zersplitterung von derart ambitionierten Entwicklungen sei ungesund für Europa. Zuerst müsse einmal geklärt werden, wie Grossbritannien aus der Europäischen

Union ausscheidet. Alsdann, so Hoke, soll darüber gesprochen werden, ob das deutsch-französische Unterfangen nicht mit dem englischen Projekt fusioniert werde. Von offizieller Seite in London wurde das nur mit «wir führen viele Gespräche mit vielen Ländern» kommentiert. Letztendlich sind sich aber alle Experten einig; es werden Regierungsentscheidungen sein, welche den Ausschlag geben. Nur, der Markt für mehrere verschiedene Euro-Kampf-



Verteidigungsminister stellt den Tempest vor. Bild: Ministry of Defense

jets ist zu klein und die Nachfrage nicht vorhanden. Michael Christie, Chef Technologie der britischen BAE, lässt dies kalt. Er meint schlicht, dass sein britisches Traditionsunternehmen die Fähigkeit hat, den Tempest selber zu entwickeln. Sollte es aber zu einer Partnerschaft mit anderen Herstellern oder Ländern kommen, so Christie, dann wird BAE mit Sicherheit eine führende Rolle darin übernehmen.

Argentinien

Armee im Innern einsetzen

Der argentinische Staatspräsident Mauricio Macri will die gesetzliche Grundlage ändern lassen. Künftig soll es möglich werden, die Armee auch im Inneren des Landes für Sicherheitsaufgaben einzusetzen. Das weckt schlechte Erinnerungen.

Die Soldaten sollten im Kampf gegen Drogenhandel und Terrorismus tätig werden und auch zur Sicherung strategischer Orte wie Atomkraftwerken beitragen. Ein Dekret aus dem Jahr 2006 hatte die Rolle der Armee auf die Verteidigung gegen Angriffe von aussen beschränkt. Diese eherne Regel soll nun gestrichen werden. Der Schritt gilt als beispiellos seit dem Ende der Militärdiktatur 1983.

Die Reformpläne des seit 2015 amtierenden Präsidenten werden von Menschenrechtlern und Oppositionspolitikern als undemokratisch kritisiert. Der Friedensnobelpreisträger Adolfo Pérez Esquivel warf Macri vor, mit dem Einsatz des Militärs im Innern gegen das Gesetz zu verstossen.

Argentinien war von 1976 bis 1983 eine Militärdiktatur. Die Junta unter General Rafael Videla griff hart durch. Um Gegner auszuschalten, betrieb der Sicherheitsapparat mehrere Hundert Folterzentren. Nach Schätzungen von Menschenrechtsorganisationen verschwanden während der Gewaltherrschaft bis zu 30 000 Menschen. Viele von ihnen wurden ermordet – etliche Opfer hatten die Schergen noch lebend aus Flugzeugen in den Río de la Plata geworfen.



Soldaten während einer Militärparade in El Palomar, einem Vorort von Buenos Aires.

Bild: Picture Alliance

Russland/Japan

Russland und Japan wollen in Korea-Konflikt kooperieren

Bei Gesprächen zwischen Russland und Japan geht es um den Jahrzehnte alten Streit zwischen beiden Ländern um die Kurilen-Inseln.

Russland und Japan wollen bei den atomaren Abrüstungen im Korea-Konflikt enger zusammenarbeiten. Das sagte der japanische Verteidigungsminister Itsunori Onodera. Onodera und der japanische Chefdiplomat Taro Kono trafen sich in der russischen Hauptstadt mit ihren Kolle-

gen Sergej Schoigu und Sergej Lawrow. Aussenminister Lawrow teilte mit, Moskau und Tokio wollten vor allem in der Sicherheitspolitik kooperieren.

Bei den Gesprächen sollte es auch um den Jahrzehnte alten Streit zwischen Russland und Japan um die Kurilen-Inseln gehen. Details waren aber zunächst nicht bekannt. Russland hatte die Inselgruppe im Pazifik im Zweiten Weltkrieg besetzt. Japan fordert ihre Rückgabe. Der Streit ist der Grund dafür, dass Moskau und Tokio seit dem Weltkrieg noch keinen Friedensvertrag geschlossen haben.

Irak

Ein Jahr nach der Rückeroberung Mosuls

Was mit dem Schlachtruf «Wir kommen, Ninive!» am 16. Oktober 2016 begann, endete am 20. Juli 2017 mit der Rückeroberung der nordirakischen Metropole Mosul durch irakische Sicherheitskräfte unter tatkräftiger Unterstützung der Koalitionsmächte. Am 21. Juli 2018 wurde nun das einjährige Jubiläum der Befreiung der Stadt vom Islamischen Staat gefeiert. Der IS kontrollierte die zweitgrösste Metropole des Iraks während dreier Jahre. Während

bisher fast 870 000 Menschen in ihre Heimatregion zurückkehrten, besteht weiterhin ein immenser Bedarf an humanitärer Hilfe. Über 31 000 Häuser wurden total zerstört oder bis zur Unbewohnbarkeit beschädigt. Der überwiegende Teil der zurückgekehrten Binnenflüchtlinge lebt in von der UNO bereitgestellten Camps ausserhalb der Stadt. Im ersten Jahr nach der Befreiung konnte die Abteilung für humanitäre Minenräumung der UNO (UNMAS) mehr als 44 000 Explosivkörper entsorgen, darunter 1 000 Sprengfallen/IED. Zudem wurden 450 Selbst-

mordwesten entschärft, die meisten davon noch an gefallenen IS-Kämpfern. Wasser-aufbereitungs- und Kraftwerke wurden vom sich zurückziehenden IS demoliert oder mit improvisierten Sprengladungen unbrauchbar gemacht. Bislang gelang es 550 «kritische Infrastruktur»-Objekte von Sprengfallen zu säubern. Als nächstes wird es darum gehen, dass das UN-Habitat sich zusammen mit den vielen Rückkehrern über die rechtlichen Angelegenheiten im Zusammenhang mit Wohnungs-, Grundstücks- und Eigentumsfragen auseinandersetzt. Immerhin konnten in einem Jahr bereits 260 Häuser in West-Mosul wieder aufgebaut werden, dort leben bereits 3000 der ehemaligen Bewohner. Die



Die ehemalige Altstadt Mosuls ein Jahr nach der Befreiung.

Weltbank schätzt, dass der Wiederaufbau mehr als zehn Jahre dauern wird, mit einem Finanzbedarf von mindestens 80 Milliarden Dollar. Immerhin gelingt es den hilfeleistenden (internationalen) Organisationen in Mosul und im umliegenden Gouvernement

Ninive, insgesamt mehr als eine Million Menschen zu erreichen. Gemessen an der im Humanitarian Reaction Plan geschätzten Bevölkerung entspricht dies einem Deckungsgrad von 148%, wie das «Office for Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA)»

der UNO bekannt gab. Die hohe Zahl lässt sich mit grosszügigen Spenden erklären, welche direkt in die am meisten betroffenen Bereiche (OCHA spricht dabei von Clustern) fliessen. Immerhin kann damit der Gesundheits- und Schutzcluster ausreichend finanziert werden. In allen anderen Clustern jedoch (Ernährungssicherheit, Bildung, Unterkünfte und Non-Food-Artikel, Lagerkoordination und Lagerverwaltung, Mehrzweck-Bargeldhilfe sowie Wasser, sanitäre Einrichtungen und Hygiene) bestehen nach wie vor immense Lücken. Das heisst, die im 2018 für den Irak veranschlagten 569 Millionen US Dollar an Hilfsprogrammen sind aktuell nur zu 63,7% finanziert.

China

Armee auf Kernkompetenz fokussieren

Chinas Staats- und Regierungschef Xi Jinping hat dem Militär seines Landes befohlen, dessen Dienstleistungen einzustellen und sich stattdessen auf dessen Kampfbereitschaft zu konzentrieren. Xi Jinping will als Oberbefehlshaber Chinas Militär zu einer Kampftruppe von Weltrang machen.

Xi Jinping wies die Streitkräfte an, alle kommerziellen Aktivitäten wie «Kindergarten-Bildung, Verlagsdienste und Immobilienvermietun-

gen» noch vor Jahresende einzustellen, berichtet «Bloomberg News» unter Berufung auf Chinas staatliche Nachrichtenagentur Xinhua.

Xi forderte ein Ende von Praktiken, die Truppen und Offiziere dazu gebracht hätten, «Söldner zu werden», berichtete die «Asia Times» unter Berufung auf die chinesische Militärzeitung «PLA Daily». Er soll dabei betont haben, dass diese Massnahme das Militär verbessern soll, indem man diesem erlaube, sich durch konzentrierte Bemühungen zur Kriegsvorbereitung und Kampffähigkeit auf «sei-

ne Hauptaufgabe der Kampfbereitschaft» zu fokussieren.

Nach der Reform- und Öffnungsphase in den 1970er Jahren begann das chinesische Militär aufgrund geringer finanzieller Möglichkeiten kommerzielle Tätigkeiten aufzunehmen. 1998 wurden diese Aktivitäten jedoch bis auf wenige Ausnahmen verboten. Die neue Richtlinie des chinesischen Präsidenten «lässt keine Ausnahme, Abschwächung oder provisorischen Kompromiss zu», heisst es bei Xinhua. Ziel sei es, das Militär zu «säubern» und die Korruption zu reduzieren, indem kommerzielle Vorteile und Schwarzarbeit für die Mitglieder der Streitkräfte beseitigt werden.

«Bezahlte Tätigkeiten können Korruption begünstigen, das Militär sollte sich auf die nationale Verteidigung konzentrieren», sagte Gong Fanangbin im März 2016 gegenüber der Staatszeitung «Global Times», als Xi erstmals Pläne ankündigte, die die Streichung entgeltlicher Dienstleistungen des Militärs beinhalteten. Chi-

nas Staatschef erklärte, dass die Beendigung derartiger Aktivitäten «die Kampffähigkeit des Militärs» verbessern würde.

Seine Pläne erklärte Xi bereits im Oktober des vergangenen Jahres während einer Rede vor dem 19. Kongress der Kommunistischen Partei. Der Plan sei es, bis zum Jahr 2050 ein Weltklasse-Militär aufzubauen, das Kriege in jedem Kampfgebiet führen könne: «Chinas Traum von einer starken nationalen Armee wird verwirklicht werden». Die Mechanisierung solle bis 2020, die Modernisierung bis 2035 abgeschlossen sein.

Während das chinesische Militär angesichts der Entwicklung neuer militärischer Technologien stärker geworden ist, argumentieren Experten wie Adam Ni vom Strategic and Defense Studies Center der Australian National University, dass das chinesische Militär immer noch mit einigen anhaltenden Problemen zu kämpfen habe – etwa einem Mangel an Kampferfahrung und Korruption.



Chinesische Soldaten.

Bild: Xinhua

USA

Aufbau einer Weltraum-Armee

Die USA beginnen in dieser Woche mit dem Aufbau ihrer neuen Weltraum-Armee (Space Force). Der Einrichtung der neuen Teilstreitkraft U.S. Space Command muss aber noch der Kongress zustimmen.

Es geht voran mit der geplanten Weltraum-Armee von Donald Trump. Das US-Verteidigungsministerium beginnt im August mit den Vorbereitungen für den Aufbau der neuen US-Teilstreitmacht. Obwohl der US-Kongress dem noch gar nicht zugestimmt hat. Das berichtet die US-Militär-Nachrichtenseite Defenseone. In den nächsten Monaten sollen drei der vier Bestandteile der Space Force aufgestellt werden: das «Kampfkommando», eine Agentur zum Einkauf von



Bild: Wikipedia

US Space Command, Badge.

Militär-Satelliten und eine Behörde, die das nötige Personal für die Weltraum-Armee rekrutiert. Wobei ein Grossteil des Personals von anderen US-Streitkräften kommen dürfte und somit bereits in den Diensten der US-Armee steht.

Diese drei Einrichtungen kann das Pentagon ohne vorherige Zustimmung des Kongresses auf den Weg bringen. Für die eigentliche Einrichtung einer weiteren Teilstreit-

kraft namens U.S. Space Command mit eigenem Budget ist dagegen zwingend ein Beschluss der Abgeordneten erforderlich. Das will das Pentagon im Laufe des Jahres 2018 angehen und eine Gesetzesvorlage dafür erarbeiten. Anfang 2019 könnte diese Vorlage dann dem Kongress zur Abstimmung vorgelegt werden.

Nach dem bisherigen Entwurf soll aber zumindest für die erste Zeit der Oberbefehlshaber der US-Luftwaffe auch das neue U.S. Space Command leiten. Das Space Command soll auch Aussenstellen bei den regional verteilten US-Kommandos bekommen, beispielsweise in Europa. Bereits im Sommer 2019 sollen «Teams von Weltraum-Experten» dem U.S. European Command und den U.S. Indo-Pacific Command angegliedert sein.

Grundlegend neu sollen anscheinend Kauf, Entwicklung und Start der Militär-Satelliten organisiert werden. Private Unternehmen – darunter vermutlich auch SpaceX von Elon Musk, das bereits jetzt Militär-Satelliten der USA ins Weltall transportieren darf – sollen eine grössere Rolle einnehmen.

Am stärksten dürfte die US-Luftwaffe von der Umstrukturierung betroffen sein. Sie ist bisher für die meisten Militär-Satelliten zuständig – 77 an der Zahl. Die US-Marine betreut weitere zwölf Satelliten – und verliert demnach diesen Bereich an die neue Teilstreitmacht. Allein bei dem Space and Missile Systems Center, das zur US-Luftwaffe gehört, arbeiten rund 6000 Menschen für den Bereich Militär-Satelliten.

Äthiopien / Eritrea

Friedensschluss bringt grosses regionales Stabilisierungspotential

Zwei Jahrzehnte nach dem Krieg haben sich die Staatschefs von Äthiopien und Eritrea anfangs Juli darauf geeinigt, engere politische, wirtschaftliche und soziale Beziehungen aufzubauen. Kurz, der zwischenstaatliche Konflikt von 1998 mit über 100 000 Opfern scheint definitiv beendet zu sein und beide Länder gewillt, auf eine friedliche Zukunft hinzuarbeiten. Die Entspannung ist spürbar – die Telekommunikationsdienste wurden wieder aufgenommen, Ethiopian Airlines fliegt wieder regelmässig nach Asmara und Eritrea hat seine Botschaft in Addis Abeba wieder eröffnet. Der Konflikt zwischen Äthiopien und Eritrea war einer der Hauptgründe für eine generelle Instabilität am Horn von Afrika. Der nun begonne-



Präsident Afwerki (Eritrea) und Premier Abiy Ahmed (Äthiopien) stossen auf die Zukunft an.

Bild: madote.com

ne Frieden wird wohl in der gesamten Region zu spüren sein. Weiterhin bleibt es zwar möglich, dass Rebellenbewegungen, die in beiden Ländern unter dem Prinzip «der Feind meines Feindes ist mein Freund» angesiedelt sind, den noch fragilen Zustand zu zerstören versuchen. Einer der bedeutendsten Vorfälle der letzten Zeit war der Versuch bewaffneter Gruppen, den Grand Ethiopian Renaissance Dam anzugreifen, ein wichtiges Symbol für Äthopiens Ambitionen

und infrastrukturelle Fähigkeiten. Die Angreifer kamen angeblich aus Eritrea. Letzteres wurde deshalb beschuldigt, seit Anfang der 2000er Jahre «terroristische» Gruppen wie die al-Shabaab in Somalia zu unterstützen. Seit dem Friedenspakt wird nun bereits von einer Wiederaufnahme Eritreas in die Intergovernmental Authority on Development (IGAD) gesprochen. Dennoch könnte die neue Situation auch ein Dilemma für einige Nachbarländer schaffen, die vom bis-

herigen Status quo profitiert haben. Beispielsweise Dschibuti, welches für das Binnenland Äthiopien den wichtigsten Seehafen für dessen Wirtschaft betreibt. Dort werden derzeit etwa 90% des äthiopischen Seehandels gelöscht und Äthiopien zahlt dafür jährlich rund 1,5 Milliarden US-Dollar. Auch der Sudan beobachtet die Entwicklung aufmerksam. In letzter Zeit hat sich Khartoum eher auf die Seite Äthopiens gestellt, im Januar sogar seine Grenze zu Eritrea geschlossen und Truppen in der Nähe stationiert. Eritrea beschuldigte deshalb den Sudan, Anti-Asmara-Rebellenbewegungen zu unterstützen. Verbesserte Beziehungen zwischen Asmara und Addis Abeba werden deshalb wohl dazu führen, dass die gesamte Region sicherheitspolitisch profitieren wird.

*Pascal Kohler,
Henrique Schneider*